

Mehr Geld für Niedersachsens Straßen

Sanierungsstau beheben – Substanzverlust stoppen!

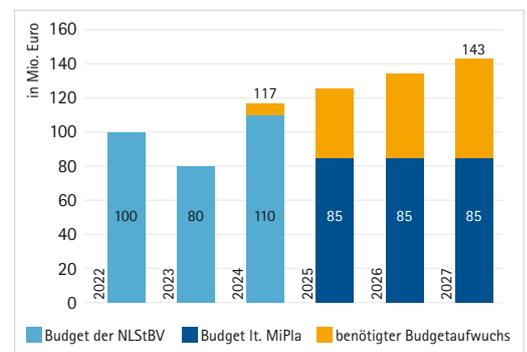
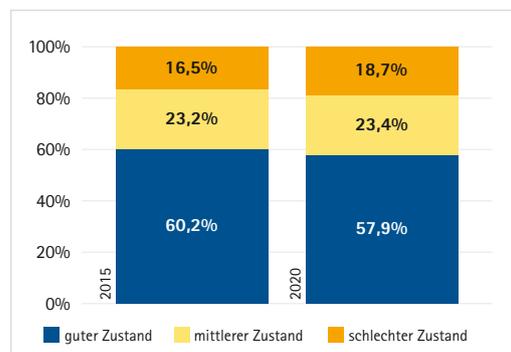
Eine bedarfsgerecht ausgebaute Straßeninfrastruktur ist für die Bewältigung von Warenströmen, für Berufspendler und für Freizeitverkehre in einer Volkswirtschaft unabdingbar. In Niedersachsen gibt es rund 8.000 km Landesstraßen, die neben Bundesstraßen und Autobahnen die Basis für das Straßennetz bilden.

Laut der letzten Erhebung der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr aus dem Jahr 2020 beträgt der Anteil der Landesstraßen, die sich in keinem guten Zustand befinden, rund 42 Prozent. Die Mittel für die Sanierung von Landesstraßen sind von rund 117 Mio. Euro im Jahr 2020 auf ca. 82 Mio. Euro im Jahr 2023 um rund 30 Prozent gesenkt worden. Auch wenn im Jahr 2024 wieder 110 Mio. Euro zur Verfügung stehen, reichen diese Gelder nicht einmal aus, um den Status Quo zu erhalten. Gemäß der mittelfristigen Finanzplanung des Landes Niedersachsen sind für die Jahre 2025 bis 2027 Mittel in Höhe von jährlich rund 85 Mio. Euro vorgesehen. Ein aktueller Bericht des Landesrechnungshof beziffert die in den Haushaltsjahren 2015 bis 2024 aufgelaufenen Fehlbedarfe auf über 216 Mio. Euro. Der Landesrechnungshof kommt zu dem Ergebnis, dass allein für den Erhalt der Straßeninfrastruktur aktuell mindestens 117 Mio. Euro jährlich erforderlich sind. Unter Berücksichtigung der Baupreissteigerungen sollten die Mittel bis 2027 auf mindestens 143 Mio. Euro aufgestockt werden.

Neben einem Mangel an Finanzmitteln kommt der Mangel an Fachkräften in der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr erschwerend hinzu. Mit dem Übergang der Bundesfernstraßen in die Verantwortung der Autobahn GmbH des Bundes zum 1. Januar 2021 musste auch die Straßenbauverwaltung des Landes Niedersachsen einen erheblichen personellen Aderlass verkraften. Mehrere hundert Beschäftigte wechselten zur neuen Gesellschaft des Bundes. Mit der neuen Aufgabenteilung sind die Autobahnprojekte weggefallen, dennoch bleibt die personelle Ausstattung bei der Niedersächsischen Landesbehörde angespannt, denn viele Beschäftigte scheiden u.a. aus Altersgründen aus. Eine Wiederbesetzung der freien Stellen wird immer schwieriger, da der TVL geringere Vergütungen bietet als der TVöD der Kommunen oder sogar deutlich schlechtere Konditionen als der Tarif des Bundes.

Um auch in Zukunft eine bedarfsgerechte Straßeninfrastruktur vorhalten zu können, fordern wir deshalb von der Landesregierung

- eine deutliche und kontinuierliche Erhöhung der Mittel für Landesstraßen ab dem Haushaltsjahr 2025, um den Sanierungsstau schneller abuarbeiten und dabei den gestiegenen Baukosten Rechnung tragen zu können.
- die Bereitstellung von ausreichend wettbewerbsfähigen Planstellen bei der Niedersächsischen Landesbehörde, um die Planungs- und Genehmigungsverfahren für Sanierung, Aus- und Neubau von notwendigen Straßenprojekten inkl. Brückenbauwerken und Radwegebau zügig abarbeiten zu können.



Zustand der Landesstraßen in Niedersachsen

Quelle: Niedersächsischer Landesrechnungshof, 2024

Notwendiger Budgetaufwuchs der NLSStBV

Quelle: LRH und eigene Darstellung

